

Unter Beschuss schließen Moskau und Teheran die Reihen

Die Eskalation seitens USA und Israel stärkt die Achse Russland–Iran eher noch, anstatt sie zu schwächen, und verwandelt das Kaspische Meer in einen umkämpften strategischen Korridor.



6. April 2026 | Hazal Yalin

Nur wenige Stunden, nachdem die USA und Israel – in manchen Kreisen zunehmend als „Epstein-Koalition“ bezeichnet – am 28. Februar den Iran angegriffen hatten, veröffentlichte das russische Außenministerium eine scharf formulierte Stellungnahme, in der der Angriff als „ein vorsätzlicher, absichtlicher und unprovocierter Akt bewaffneter Aggression gegen einen souveränen und unabhängigen UN-Mitgliedstaat, der einen direkten Verstoß gegen die Grundprinzipien und Normen des Völkerrechts darstellt“ bezeichnet wurde.

Bei der Interpretation diplomatischer Texte im Allgemeinen – und insbesondere bei Russlands Erklärungen angesichts seiner fast schon obsessiven Treue zur traditionellen Diplomatie – wird die Bedeutung der Terminologie oft übersehen. Der Begriff „Aggression“ ist kein gewöhnlicher Begriff; er bedeutet einen Verstoß gegen den Geist der UN-Charta selbst, insbesondere gegen Artikel 2 Absatz 4.

Eine entschiedene Reaktion auf die Aggression

Ebenso bezeichnend wie die Verwendung des Begriffs ist dessen Fehlen an anderer Stelle. Abgesehen von Russland, Nordkorea und Kuba verwendete kein anderer Staat den Begriff „Aggression“ bei der Verurteilung des Angriffs – nicht einmal China, das diese Formulierung erst nach dem 2. März [übernahm](#).

Diese Sichtweise zieht sich durch alle russischen Erklärungen und die diplomatischen Stellungen von Präsident Wladimir Putin. Gleichzeitig hat Moskau in seinen Beziehungen zu den Monarchien am Persischen Golf einen vorsichtigen Kurs eingeschlagen.

Während sie es vermieden, iranische Angriffe auf mit den USA und Israel verbundene Ziele am Golf zu billigen, haben russische Regierungsvertreter wiederholt betont, dass das zentrale Problem nach wie vor die Aggression der USA und Israels sei – und dass Kritik am Iran dies nicht verschleiern dürfe.

Außenminister Sergej Lawrow brachte dieses Gleichgewicht am 5. März während des Botschafter-Gesprächs zur Ukraine-Krise auf den Punkt. Während er sich gegen iranische Angriffe auf Golfstaaten aussprach und deren militärischen Nutzen in Frage stellte, warnte er: „Einfach zu sagen, dass der Iran kein Recht hat, etwas zu tun, bedeutet im Grunde genommen, die USA und Israel offen zu ermutigen, ihr Handeln fortzusetzen.“

Entsprechend diesem Ansatz legten Russland (und China) kein Veto gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 11. März ein, in der der Iran verurteilt wurde. Russlands Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, erklärte jedoch, die Resolution sei einseitig und „verwechsle Ursache und Wirkung“.

Diese Haltung hängt weitgehend mit der entscheidenden Rolle der Vereinigten Arabischen Emirate bei der Erleichterung des Kapitalverkehrs für Russland unter westlichen Sanktionen zusammen.

Verärgerung und Eskalation in Israel

Eine derart kompromisslose Definition von Aggression – und die offensichtliche Entscheidung des Kremls, selbst routinemäßige Kontakte mit der israelischen Regierung zu vermeiden – konnte in Tel Aviv kaum unbemerkt bleiben.

Der erste nennenswerte Bruch erfolgte im Rahmen eines Interviews mit der Sprecherin der israelischen Armee, Anna Ukolova, bei Radio RBK. Unter Bezugnahme auf Berichte, wonach Israel die Verkehrskameras in Teheran gehackt habe, um iranische Amtsträger zu überwachen [und zu ermorden], wurde sie gefragt, ob ein ähnlicher Zugriff auch in Moskau bestehe. Ihre [Antwort](#) war bemerkenswert:

Die Eliminierung von Schlüsselfiguren – der Führung all dieser Stellvertretergruppen, einschließlich des obersten Führers des Iran, Ali Khamenei – zeigt bereits, dass wir über ziemlich beeindruckende Fähigkeiten verfügen und dass niemand, der uns Schaden zufügen will, ungeschoren davonkommen wird.

Andererseits lautet die Frage: Wer würde uns schon Schaden zufügen wollen? Ich hoffe, dass Moskau Israel derzeit nichts Böses wünscht. Das möchte ich gerne glauben.

Die extremistische Regierung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu hat in den Beziehungen zu Russland traditionell eine vorsichtige und diplomatische Haltung eingenommen. Selbst wenn sie beschlossen hätte, zu offener Feindseligkeit überzugehen, wäre zu erwarten gewesen, dass sie dies durch diplomatische, wirtschaftliche oder höchstens durch Aktivitäten einer „fünften Kolonne“ innerhalb Russlands tun würde. Ukolovas direkte Drohung – die eine Parallele zur „Beseitigung“ der russischen Führung zog – war beispiellos.

Angriff auf Bandar Anzali

Die Äußerung selbst hätte man vielleicht als leeres Geschwätz abgetan, wäre ihr nicht etwas weit- aus Ernsteres gefolgt: Israels gemeldeter Angriff auf den iranischen Hafen Bandar Anzali an der Kaspischen Küste.

Über den Angriff [berichtete](#) erstmals am 18. März der israelische Sender Channel 12 als „unge- wöhnlichen Angriff“, der 1.300 Kilometer vom israelischen Staatsgebiet entfernt durchgeführt worden sei.

Seltsamerweise schwiegen die westlichen Medien eine Zeit lang zu diesem Thema. In Russland [erklärte](#) Pressesprecher Dmitri Peskow am 20. März zunächst, er habe keine Informationen darüber. Auf die Frage, wie Moskau eine Situation beurteilen würde, in der der Konflikt eskaliert und die Region am Kaspischen Meer erfasst, antwortete er: „Russland würde dies äußerst negativ be- urteilen.“

Später am selben Tag [bestätigte](#) die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacha- rowa, den Angriff und warnte, dass das Kaspische Meer seit jeher „als sichere Zone des Friedens und der Zusammenarbeit“ gelte. „Das rücksichtslose und unverantwortliche Handeln der Aggresso- ren birgt die Gefahr, die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres in einen bewaffneten Konflikt hineinzuziehen.“

Sie betonte zudem, dass Bandar Anzali „ein wichtiger Handels- und Logistikknotenpunkt ist, der aktiv im russisch-iranischen Handel genutzt wird, unter anderem für Lebensmittellieferungen. Der Angriff hat die wirtschaftlichen Interessen Russlands und der anderen kaspischen Staaten beein- trächtigt, die über diesen Hafen Transportverbindungen mit dem Iran unterhalten.“ Zwei Tage später stellte Peskow fest, dass der Konflikt „die Tendenz zeige, seine Grenzen auszuweiten“.

Da die allgemeine Tendenz besteht, Ereignisse aus der Perspektive Londons oder Washingtons zu betrachten, erlangte die Meldung erst am 24. März größere Aufmerksamkeit, als das *Wall Street Journal* (WSJ) sie als [Schlagzeile](#) brachte: „Israel greift russisch-iranische Waffenschmuggelroute im Kaspischen Meer an.“

Die Darstellung eines souveränen Logistikkorridors als „Schmuggelroute“ interpretiert den Angriff als präventive Polizeimaßnahme und nicht als Eskalation. Derselbe Bericht stellte fest, dass der Angriff die Lebensmittelversorgung des Iran bedrohte und Israels Fähigkeit signalisierte, der Zivil- bevölkerung weitreichendes Leid zuzufügen – eine Formulierung, die das Leiden der Zivilbevölke- rung als strategische Botschaft behandelt.

Die öffentliche Reaktion in Russland war heftig – was nicht überraschend war – und zwar aus zwei Gründen.

Die Rechtsordnung am Kaspischen Meer

Zunächst zum rechtlichen Status des Kaspischen Meeres. Im Gegensatz zu anderen Gewässern fällt das Kaspische Meer nicht unter das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Seine Rege- lung wird stattdessen durch das Übereinkommen über den rechtlichen Status des Kaspischen Mee- res von 2018 [bestimmt](#), das von den fünf Anrainerstaaten [vereinbart](#) wurde.



Im Rahmen dieser Vereinbarung müssen alle Entscheidungen, die das Kaspische Meer betreffen, gemeinsam von den fünf Anrainerstaaten – Russland, Iran, Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan – getroffen werden. Nicht-Anrainerstaaten ist es untersagt, eine militärische Präsenz aufrechtzuerhalten (Artikel 3.6), und Anrainerstaaten dürfen nicht zulassen, dass ihr Hoheitsgebiet für Angriffe

gegeneinander genutzt wird (3.7). Die Sicherheit der Schifffahrt liegt in gemeinsamer Verantwortung (3.9).

Ein Angriff, der von einem Nicht-Anrainerstaat über das Kaspische Meer durchgeführt wird, untergräbt nicht nur diese Bestimmungen, sondern auch die allgemeine Stabilität, die sie gewährleisten sollen.

Zwar wurde kein expliziter Verstoß gegen die Artikel 3.6 oder 3.7 offiziell festgestellt, doch ist die Präsenz israelischer, amerikanischer und britischer Militär- und Geheimdienstnetzwerke – insbesondere in Aserbaidschan – weithin bekannt. Diese latente Infrastruktur sorgt für zusätzliche Spannungen.

Der Angriff auf Bandar Anzali fällt unmittelbar unter Artikel 3.9. Er stellt eine Verletzung der Sicherheit der Schifffahrt durch einen externen Akteur dar, wodurch allen Anrainerstaaten eine Verantwortung zukommt. Doch abgesehen von Russland und dem Iran hat keiner von ihnen reagiert – eine Unterlassung, die ebenso viel aussagt wie jede offizielle Stellungnahme.

Handelswege und strategische Tiefe

Der zweite Faktor ist einfacher zu erklären: die Geografie. Das Kaspische Meer ist der wichtigste Handelskorridor zwischen Russland und dem Iran, und Bandar Anzali ist einer seiner zentralen Knotenpunkte.

Dieser Handel beschränkt sich nicht auf zivile Güter. Seit der [Unterzeichnung](#) des „Abkommens über eine umfassende strategische Partnerschaft“ am 17. Januar 2025 gilt es als allgemein bekannt, dass auch militärische Logistikgüter über diese Route transportiert werden.

Das Abkommen wurde am 17. Januar 2025 in Moskau vom russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem iranischen Präsidenten Masoud Pezeshkian unterzeichnet. Es wurde am 8. April 2025 von der russischen Staatsduma gebilligt, am 21. April 2025 von Putin unterzeichnet, am 21. Mai 2025 vom iranischen Parlament gebilligt, am 11. Juni 2025 vom Wächterrat bestätigt und trat am 2. Oktober 2025 in Kraft.

Wie bereits von *The Cradle* angemerkt, handelt es sich bei dem Abkommen nicht um einen verbindlichen Beistandspakt, sondern um eine Erklärung strategischer Absichten. Russlands Schwelle für militärische Unterstützung hängt von der rechtlichen Einordnung ab – insbesondere davon, ob eine Handlung nach Moskau als „Aggression“ gilt. Der Iran seinerseits hat sich gegen jede Vereinbarung gewehrt, die eine militärische Nutzung seines Territoriums durch ausländische Streitkräfte zulassen würde.

Dennoch ist das Abkommen alles andere als rein symbolisch. Es sieht eine umfassende Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit und Nachrichtendienst vor und verpflichtet beide Seiten ausdrücklich dazu, Einmischungen Dritter im Kaspischen Raum, in Zentralasien, im Kaukasus und in Westasien entgegenzuwirken.

Die Artikel 4, 5 und 6 legen allgemeine Rahmenbedingungen für die militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit fest, während die Artikel 4.1 und 4.2 konkret den Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen, den Erfahrungsaustausch und die operative Koordination zwischen den Sicherheits- und Nachrichtendiensten beider Länder regeln.

Eine prinzipientreue Kontinuität

Drei Punkte prägen die Haltung Russlands.

Erstens: Trotz seiner Abhängigkeit von den Beziehungen zu den Golfstaaten unter den Sanktionen hat Moskau seine Kernaussage seit dem 28. Februar nicht geändert. Seine Darstellung des Konflikts bleibt konsistent und gründet sich auf rechtliche Auslegung, bilaterale Beziehungen und gemeinsame Geografie.

Zweitens: Russland bestreitet die militärische Zusammenarbeit mit dem Iran nicht. Das sollte es auch nicht – eine solche Zusammenarbeit ist sowohl legal als auch im Rahmen einer strategischen Partnerschaft zwischen souveränen Staaten zu erwarten.

Drittens: Was den Austausch von Geheimdienstinformationen angeht, halten sich beide Seiten bedeckt. Keine der beiden Seiten bestätigt oder dementiert Einzelheiten.

In einem NBC-[Interview](#) am 8. März vermied es der iranische Außenminister Abbas Araghchi, direkte Antworten zur russischen Unterstützung zu geben, und betonte stattdessen, dass der Iran eine „strategische Partnerschaft“ mit Moskau unterhalte und dass „die militärische Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Russland nichts Neues ist. Das ist kein Geheimnis. Es gab sie in der Vergangenheit, sie besteht nach wie vor und wird auch in Zukunft fortbestehen.“

Er fügte hinzu, dass Russland den Iran „in vielerlei Hinsicht“ unterstütze, lehnte es jedoch ab, Einzelheiten zu nennen.

Lawrow wiederholte am 26. März in einem [Interview](#) mit France Télévisions ähnliche Aussagen: „Wir haben Abkommen über militärisch-technische Zusammenarbeit. Wir liefern bestimmte Arten von militärischer Ausrüstung an den Iran, aber wir können den Vorwürfen, wir würden nachrichtendienstliche Unterstützung leisten, nicht zustimmen.“

Bei solchen Antworten geht es weniger um Offenlegung als um Positionierung. Geheimdienstliche Zusammenarbeit lässt sich per Definition nicht überprüfen.

Das eigentliche Problem liegt woanders: in den koordinierten Bemühungen westlicher Medien, eine solche Zusammenarbeit als unrechtmäßig darzustellen. Das ist keine neutrale Berichterstattung, sondern Narrativkonstruktion – ein Versuch, normales staatliches Verhalten zu kriminalisieren.

Wohin das führt

Sofern sich das interne Gleichgewicht im Iran nicht auflöst oder sich die Taktik der USA und Israels nicht ändert, ist der Kurs bereits vorgezeichnet.

Der Druck von außen hat Moskau und Teheran einander nähergebracht und ihre Beziehungen eher gestärkt als belastet.

Was sich abzeichnet, ist eine dauerhaftere strategische Annäherung, die unter anhaltendem Druck entstanden ist und für diesen weniger anfällig ist. Diese geht über formelle Abkommen hinaus und spiegelt eine wachsende Übereinstimmung der Interessen wider, die die Entwicklungen in Westasien zunehmend prägt.